

Den Kantonen die Macht!

Stephan Rupp, Einsiedeln

In letzter Zeit stellt sich immer mehr die Frage, ob eine eidgenössische Gesundheitspolitik noch richtig existiert. Immer mehr Entscheidungskompetenzen und Aufträge werden den Kantonen übergeben.

- Schon länger sind die Kantone im Rahmen des Zulassungsstops für die Abgabe von Praxisbewilligungen zuständig, klare eidgenössische Vorgaben fehlen. Die Kantone sind in ihren Entscheidungen derart frei, dass riesengrosse Unterschiede bei den Zulassungen zur ärztlichen Tätigkeit entstanden sind. Es gibt Kantone, die fast jedes Gesuch bewilligen, andere Kantone sind sehr restriktiv.
- Auch die Sonderpädagogik, wo ein grosser Teil Gesundheitspolitik drin enthalten ist, wird unter Federführung der Kantone umgesetzt, jedoch hier unter der Leitung der Erziehungsdirektoren. Der Bund hat nur Vorgaben gemacht, die Kantone sind innerhalb dieser Vorgaben in der Umsetzung frei. Auf eidgenössischer Ebene existiert ein Konkordat der Erziehungsdirektoren, wo der Bund einen gewissen Einfluss hat.
- Die HPV-Impfung wurde zwar bewilligt, aber nur im Rahmen kantonalen Programme. Auch hier sind es die Kantone, die für die Durchführung verantwortlich sind. Es ist zu vermuten, dass mit dieser Massnahme nur die Pharmagewinne der Kinderärzte verhindert werden sollen, doch haben die kantonalen Gesundheitsdepartemente eine Schlüsselrolle erhalten.
- Die Spitalpolitik ist seit längerer Zeit eine fast rein kantonale Kompetenz, innerhalb eidgenössischer Leitplanken natürlich. Spitalbedarf, Bettenbedarf, Verträge mit ausserkantonalen Kliniken etc. wird rein kantonale geregelt.
- Auch Taxpunktwerte im Krankenversicherungsgesetz müssen von den kantonalen Behörden, unter Anhörung des Preisüberwachers, genehmigt werden. Der Bund hat hier keine direkte Entscheidungskompetenz.

Es stellt sich die Frage, was dazu geführt hat, dass in letzter Zeit vermehrt Macht

und Entscheidungskompetenzen im Gesundheitswesen an die Kantone delegiert wurden, obwohl eine eidgenössische Gesundheitspolitik doch für ein kleines Land wie die Schweiz sinnvoll wäre.

Eine Möglichkeit ist, dass sich in Bern eine gewisse Frustration und Hoffnungslosigkeit breit gemacht hat, weil nichts bewegt werden kann. Ein Hinweis hierfür wäre die Verlängerung des Zulassungsstops, wo «Nichtentscheide» während Jahren einfach zu einer Verlängerung geführt haben. Dass der Zulassungsstop ohne Zusatzregelungen und flankierende Massnahmen nicht aufgehoben werden kann, da sonst das Gesundheitswesen wohl explodieren würde, ist allen klar. Nur hat es niemand für nötig gefunden, die Zeit zu nutzen und derartige Massnahmen an die Hand zu nehmen.

Eine andere Möglichkeit ist, dass der Landesregierung einfach Visionen und Konzepte fehlen, dass nur geflickt wird. Dies kann dazu führen, dass man gar nicht zuviel Kompetenz haben will, da das nur belastet. Sollen doch die Kantone schauen ...

Die dritte Möglichkeit ist, dass die Entscheidungsfindung und Entschlussfassung auf eidgenössischer Ebene durch die vielen, meist gegenläufigen Interessen derart blockiert ist, dass gar keine wegweisenden Entscheidungen mehr getroffen werden können. Vielleicht ist es wirklich so, dass sich unsere politische Führung gegenseitig derart lähmt, dass es besser ist, wenn Entscheidungen an die untere Instanz delegiert werden, wo jeder hofft, sich besser durchsetzen zu können.

Es gibt sicher noch viele, andere Erklärungen, die für uns allesamt gar nicht so wichtig sind. Viel mehr müssen wir uns überlegen, was das für die Pädiatrie in der Schweiz bedeutet. Es ist ganz klar, dass durch diese Machtverschiebung den kantonalen und regionalen Gruppierungen viel mehr Bedeutung zukommen wird. Es ist absolut wichtig, dass in den Kantonen und Regionen Kontakte mit den zuständigen Behörden, Gesundheitsdirektoren, Gesundheitsämtern,

aber auch Erziehungsdirektionen aufgebaut werden. Wir müssen uns aktiv darum bemühen, bei Entscheidungen mit einbezogen zu werden.

Ebenso wichtig wie der Kontakt zwischen Kantonsbehörden und kantonalen Gesellschaften wird die Vernetzung unter den kantonalen Gesellschaften sein. Mit dem Delegiertenpool haben die neuen Statuten der SGP ein Gremium geschaffen, welches derartige Kontakte ermöglicht und fördert. Hier können bevorstehende Entwicklungen diskutiert werden, Fallstricke eruiert und Gegenmassnahmen erarbeitet werden. Ob dies genügt wird sich zeigen. Es bleibt zu hoffen, dass möglichst alle kantonalen Gesellschaften sich hier vertreten lassen.

Auch für den Vorstand ändert sich die Arbeit. Auf eidgenössischer Ebene erhält die Gesundheitsdirektorenkonferenz immer grössere Bedeutung. Es ist wichtig, dass ein guter Informationsfluss zwischen den Kantonen und dem Vorstand der Muttergesellschaft vorhanden ist. Negative politische Entwicklungen müssen auf beiden Ebenen gesucht und früh erkannt werden, damit sowohl die SGP als auch die kantonalen Gesellschaften reagieren können.

Die Gesundheitspolitik ist einem stetigen Wandel unterworfen. Deshalb ist es essenziell, dass wir uns dem Wandel anpassen und nicht in alten, unzeitgemässen Strukturen verharren. Wir müssen vermehrt auf kantonalem Niveau aktiv sein. Die Muttergesellschaft muss zunehmend Aufgaben der Koordination zwischen den Regionen übernehmen. Der Informationsfluss zwischen den Regionen und dem Vorstand der SGP muss ausgebaut und verbessert werden. Für uns gewinnt die Gesundheitsdirektorenkonferenz immer mehr an Bedeutung.

Wenn es uns nicht gelingt, flexibel zu sein, wird die Kinder- und Jugendmedizin schweren Zeiten entgegen gehen. Versuchen wir unser Bestes.